

Interview: Beate Müller-Gemmeke zu Hartz IV

»Sanktionen schaden«

DAS GESPRÄCH FÜHRTE BRIGITTE GISEL

REUTLINGEN/BERLIN. Rund 90 000 Menschen haben die Petition der Hartz-IV-Kritikerin Inge Hannemann unterzeichnet. Sie fordert darin die Abschaffung von Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger, die gegen Auflagen der Arbeitsagentur verstoßen. Hannemann war Mitarbeiterin im Jobcenter Hamburg-Altona, wurde aber suspendiert, weil sie das Strafsystem der Jobcenter als Verstoß gegen die Menschenwürde bezeichnete. Wegen der großen Zahl an Unterschriften durfte Hannemann ihr Anliegen in einer öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestags vorstellen. Beate Müller-Gemmeke, Reutlinger Bundestagsabgeordnete der Grünen, war als Berichterstatterin ihrer Fraktion dabei.



Beate Müller-Gemmeke: »Arbeitslose müssen auch mal einen Kurs ablehnen dürfen«
FOTO: PR

GEA: Was sind Ihre wichtigsten Erkenntnisse aus der Anhörung im Petitionsausschuss?

Beate Müller-Gemmeke: Ich sehe mich bestätigt, dass es bei den Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger Probleme gibt. So hat Frau Hannemann von einem Diabetiker berichtet, dem die Unterstützung komplett gestrichen wurde. Nun ist er nicht einmal mehr krankenversichert und weiß nicht, wie er an sein Insulin kommen soll. Eine weitere Erkenntnis war, dass die Bundesregierung signalisiert hat, dass sie bei den Sanktionen bei Jugendlichen und jetzt auch bei Menschen mit Behinderungen Überprüfungsbedarf sieht. Außerdem wurde für mich noch einmal deutlich: Sanktionen erhöhen nicht die Motivation, sondern bauen eher eine Distanz auf zwischen Erwerbslosen und Jobcenter.

GEA: Könnten Sie damit leben, wenn die Bundesregierung zumindest die Sanktionen bei Jugendlichen abschaffen würde?

Müller-Gemmeke: Die Jugendlichen sind zwar eine ganz spezielle Gruppe von Erwerbslosen, die man besonders behandeln muss, doch man muss die Rechte der Erwerbslosen insgesamt stärken. Sie brauchen ein Wunsch- und Wahlrecht und müssen auch mal Maßnahmen ablehnen können. Wenn man erst die Rechte stärkt und dann die Sanktionen stark reduziert, könnte ich damit leben. Entscheidend ist aber eine individuelle Unterstützung, die den Menschen gerecht wird.

GEA: Wie wollen Sie ohne Sanktionsmöglichkeit verhindern, dass sich Menschen in der Arbeitslosigkeit einrichten?

Müller-Gemmeke: Das ist eine Frage des Menschenbilds. Ich habe vor der Sitzung drei Stunden lang mit Frau Hannemann geredet. Sie hat mich bestätigt: Der größte Teil der Erwerbslosen will arbeiten, sie möchten in die Gesellschaft integriert sein, wollen abends in der Kneipe erzählen

können. Höchstens drei Prozent der Erwerbslosen sind aber wirklich aus der Gesellschaft ausgestiegen. Allein schon deswegen verbietet sich der globale Verdacht, alle würden sich in die soziale Hängematte legen. Und bei den drei Prozent Aussteigern müsste man nach den Gründen fragen. Ich würde den Jobcentern raten, erst einmal nachzufragen, warum jemand beispielsweise einen Kurs abgebrochen hat, bevor sie Sanktionen verhängen.

GEA: *Aber machen die Job-Center das denn nicht schon?*

Müller-Gemmeke: Ich kenne Papiere, aus denen hervorgeht, dass sie keinen Ermessensspielraum haben. Dennoch gibt es Unterschiede in der Handhabung. Aber wenn jemand immer wieder in Leiharbeit vermittelt wird und nachher wieder in der Tür des Jobcenters steht, muss man akzeptieren, dass er nicht mehr in die Leiharbeit will. Die Menschen müssen mehr in den Mittelpunkt gestellt werden. Sie haben Rechte. (GEA)